

Pressemitteilung

Schüler Union: „Macht die Schulen auf – schützt die Jüngsten“

Die Ministerpräsidentenkonferenz vom 5. Januar hat ein neues Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Pandemie verabschiedet. Hingegen gibt es für die allgemein- und berufsbildenden Schulen noch immer kein stringentes Vorgehen der Bundesländer.

Der Bundesvorsitzende der SCHÜLER UNION Deutschlands Finn Wandhoff (20) bewertet:

„In der Schulbildung erleben wir in Deutschland gerade an vielen Stellen Politikversagen. Alle sind sich einig, dass Bildung das Wichtigste ist, aber keiner handelt danach. Es wird öffentlich fast gar nicht über die psychischen, aber auch biografischen, Folgen der Schulschließungen für die Schülerinnen und Schüler gesprochen. Die bisherigen Maßnahmen im Bildungsbereich sind absolut unzureichend stehen und nicht im Verhältnis zu den Langzeitschäden, die sie verursachen.“

Wandhoff fordert daher:

„Macht die Schulen auf. Das mag zunächst platt klingen, es gibt aber keinen anderen verantwortlichen Weg. Das e-Learning ist bisher doppelt gescheitert: Einmal, weil die Ausstattung der Schüler und Schulen zu schlecht ist und zum anderen, weil das Lernen von zu Hause in keinem Fall die persönlichen Begegnungen ersetzen kann.

Schützt die Jüngsten. Absoluten Vorrang müssen die Grundschüler und Unterstufenschüler haben. Diese müssen in erster Linie nicht vor der Pandemie, sondern vor allem vor dauerhaften psychischen Erkrankungen und Einschnitten im persönlichen Leben geschützt werden.

Öffnet die Schulen ganztägig. Doppelte Unterrichtszeit würde die Anzahl an Schülern zur gleichen Zeit halbieren. Lässt man die Schüler zusätzlich nur alle zwei Tage im Wechsel kommen, kann man die normale Menge an Schülern vierteln und das Infektionsrisiko drastisch minimieren.

Nehmt die Lehrkräfte stärker in die Pflicht. Ein Ausnahmezustand mit ganztägigem Unterricht benötigt vor allem die Lehrkräfte – und man sollte ihnen das abverlangen. Viele Berufsgruppen leisten in der Pandemie unglaubliches und werden noch dazu von finanziellen Einschränkungen und hohem Kündigungsrisiko belastet. All das trifft Lehrer nicht. Für die Privilegien, die unsere Lehrer durch den Staat genießen, sollte man ihnen in einer Situation wie dieser mehr Belastung zumuten können; wie beispielsweise eine ganztägige Präsenz in der Schule.“